

WIRTSCHAFTSSYSTEM FÜR DAS 1 PROZENT - NEUE STUDIE VON OXFAM BELEGT: DIE WELT WIRD IMMER UNGERECHTER

Posted on 21. Januar 2016

Von Florian Hauschild.

Eine neue Studie der Hilfsorganisation Oxfam sorgt für Aufsehen. Was im Alltagsbewusstsein längst auch so wahrgenommen wird, kann nun abermals mit anschaulichen Zahlen belegt werden: Die bestehende Wirtschafts- und Finanzordnung dient vor allem der globalen Oligarchie. 62 Multimilliardäre besitzen so viel wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Doch neben der düsteren Analyse wartet Oxfam auch mit einem Set möglicher Gegenmaßnahmen auf.

"Eine Wirtschaft für das 1 Prozent" ([An Economy for the 1 Percent](#)) betitelt die Hilfsorganisation Oxfam ihre neue Analyse der weltweiten Vermögensverteilung, und die Zahlen belegen, dass dieser Satz - der auf den alten Occupy-Schlachtruf ("Wir sind die 99 Prozent") anspielt - nicht übertrieben ist.

Das Ergebnis liest sich harsch:

"Anstatt eine Wirtschaft aufzubauen, die dem Wohlstand aller dient und auch noch für künftige Generationen funktioniert und den Planeten schützt, haben wir eine Wirtschaft für das reichste eine Prozent kreiert. Wie konnte das passieren und warum?"

Die Grundanalyse belegt Oxfam sogleich mit ausführlichem Zahlenmaterial. Zwar habe sich in den vergangenen dreißig Jahren der Wert aller global produzierten Waren, Güter und Dienstleistungen mehr als verdoppelt, die Ungleichheit beim Zugriff auf dieses Vermögen ist aber ebenfalls gewachsen. Der oft postulierte Trickle-Down-Effekt, wonach wachsender Wohlstand der Elite auch den unteren Schichten zugute komme, wird dabei abermals als Mär entlarvt.

Vielmehr verringerte sich das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung in den letzten fünf Jahren um 41 Prozent, was ungefähr einer Billionen US-Dollar entspricht - und das obwohl dieser Teil der Bevölkerung um rund 400 Millionen Menschen gewachsen ist.

Hinzu kommt: 62 Individuen (davon 53 Männer) besitzen genau soviel wie diese ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen. Das Vermögen dieser Gruppe wuchs seit der letzten Erhebung um etwa 500 Milliarden Dollar. Zusammengenommen kommen die 62 Oligarchen, Erben und Öl-Scheichs auf Vermögen

im Wert von 1,76 Billionen Dollar.

Aufgrund des Aufschwungs von Ländern wie China und Indiens lässt sich die Grenze der Vermögensungleichheit allerdings längst nicht mehr anhand von Staatsgrenzen ziehen. In den ärmeren Ländern der Welt ist das jeweilige BIP gar stärker gewachsen als in den Industrieländern. Ungleichverteilung ist ein globales Phänomen und zieht sich durch alle Gesellschaften.

Hinter all dem, so die Studie, steht eine Struktur der gezielten Vermögensumverteilung nach oben. Um den Mechanismus umzukehren, schlägt Oxfam ein ganzes Set von Maßnahmen vor:

1. Mindestlöhne sollten erhöht werden, so dass sie sich den tatsächlichen realistischen Lebenshaltungskosten nähern. Meist benötigen Geringverdiener auch in Industrieländern zwei oder mehr Jobs, um überhaupt die grundlegenden Kosten des Lebens decken zu können. Im Gegenzug können Manager bei ihren Gehältern weiter hohe Zuwachsraten verzeichnen. Diese Lücke gelte es zu schließen. Tatsächlich haben sich in den vergangenen 15 Jahren die Reallöhne weiter zu Ungunsten von Arbeitnehmern von der Produktivität entkoppelt. Die Entlohnung wächst deutlich langsamer als die Wertschöpfung pro Arbeitsstunde.
2. Auch gelte es die Verdienstunterschiede zwischen Männern und Frauen einzuebnen. Oft übernehmen Frauen unbezahlte Aufgaben im Haushalt oder der Kindererziehung, was gesellschaftlich besser kompensiert werden sollte.
3. Der politische Einfluss mächtiger Eliten muss gesellschaftlich stärker kontrolliert werden. Hierfür sei es notwendig einflussreiche Lobbyorganisationen zu registrieren und strengere Regeln für diese zu formulieren. Die Informationen müssen der interessierten Öffentlichkeit so zur Verfügung gestellt werden, dass diese effektiver öffentliche Budgetierung und politische Entscheidungen überwachen kann.
4. Der gesamte Sektor der Forschung und Entwicklung muss umgebaut werden, so dass Investitionen in neue Medikamente erhöht werden und medizinische Versorgung allen Menschen zugänglich gemacht wird. Die geplanten "Freihandelsabkommen" bewirken hingegen eher das Gegenteil.

5. Das Steuersystem sollte, anstatt auf Arbeit und Konsum, vielmehr auf Kapital und Einkommen ausgelegt werden. Auch müsse die Transparenz bei steuerlichen Anreizen erhöht werden.
6. Wirtschaftliche Initiativen, die das Ziel haben, die öffentliche Gesundheit oder Bildung zu stärken und die Armut zu verringern, sollten stärker staatlich gefördert werden.
7. Das Trockenlegen von Steueroasen, die es Unternehmen und Oligarchen im großen Stile erlauben, sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung zu entziehen, wird von Oxfam als Priorität genannt. Die Organisation ruft die politisch Verantwortlichen der Welt auf, dahingehend entsprechend aktiv zu werden.

Besonders in Bezug auf letzte Forderung wählten die Studienverantwortlichen einen passenden Zeitpunkt für ihre Veröffentlichung. Die Analyse erscheint kurz vor dem jährlichen Weltwirtschaftsforum von Davos, wo vom 20. bis 23. Januar rund 2.500 politische und wirtschaftliche Eliten zusammenkommen, um über die globale Ökonomie zu beraten. Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass dort eher gegenteilige Maßnahmen auf dem Wunschzettel der Teilnehmer stehen.

Bereits im August letzten Jahres prangerte Oxfam in einem Bericht in deutlichen Worten die zunehmende Armut und Ungleichverteilung in der Europäischen Union an. "Die Kontrolle von Macht und Politik durch eine Elite – ist mit Ungleichheit eng verzahnt", so die Schlussfolgerung der [Vorgänger-Studie](#).

Auch heißt es in dem Papier:

"Politische Entscheidungen werden immer stärker durch reiche Eliten beeinflusst, welche Regeln zu ihrem Vorteil gestalten und so die demokratischen Institutionen untergraben. Austeritätspolitiken und ungerechte Steuersysteme dienen überall in Europa den Mächtigen. Es ist an der Zeit, diesen Trend umzukehren und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung an die erste Stelle zu setzen."

Danke an den Autor für das Recht der Zweitverwertung.

Dieser Text erschien zuerst bei RT Deutsch.

Alle Quellen: <https://deutsch.rt.com/wirtschaft/36347-wirtschaft-fur-1-prozent-neue/>

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.